

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Ulrike Höfken, Nicole Maisch, Cornelia Behm, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs des Bundesrates  
– Drucksachen 16/13111, 16/13419 –**

### **Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über das Schulobstprogramm**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ansatzpunkt für eine gesunde Kinderernährung sind Schule und Kindergarten. Der Rat der Europäischen Union hat am 18. Dezember 2008 ein EU-Schulobstprogramm (VO EG Nr. 13/2009) beschlossen mit dem den Mitgliedstaaten ab dem Schuljahr 2009/2010 pro Jahr rund 90 Mio. Euro als Gemeinschaftshilfe zur Verfügung gestellt wird. Das Programm umfasst die Abgabe von Obst und Gemüse und damit zusammenhängende Kosten und richtet sich an Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren. Für Deutschland stehen rund 12,5 Mio. Euro zur Verfügung. Bundesländer und Bundesregierung zeigen ein nicht akzeptables Zuständigkeitsgerangel, das die Umsetzung des Schulobstprogramms behindert.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf eine gesunde Ernährung. Arme Kinder leben und essen ungesünder als der Durchschnitt. Verschiedene Studien wie die Nationale Verzehrsstudie zeigen, dass sozial benachteiligte Menschen tendenziell weniger frische, nährstoffreiche Lebensmittel essen. Gleichzeitig ist der Anteil an teuren Fertigprodukten, Fast Food, Süß- und Snackwaren und gezuckerter Erfrischungsgetränke über Gebühr gestiegen. Der Ernährungsbericht 2008 stellt fest, dass von Kindern und Jugendlichen im Alter von ein bis unter 18 Jahren, gemessen an den in der Optimalen Mischkost empfohlenen Lebensmittelmengen, zu wenig pflanzliche Lebensmittel, insbesondere Gemüse, Obst, Brot, Kartoffeln und andere kohlenhydratreiche Beilagen – und mit zunehmendem Alter zu viele fettreiche tierische Lebensmittel verzehrt werden. Dies trifft bereits auch für Kleinkinder zu. Die suboptimale Lebensmittelauswahl hat Folgen für den Ernährungsstatus.

Weltweit gilt Adipositas (Fettleibigkeit) als das am schnellsten wachsende zentrale Gesundheits- und Ernährungsproblem. Die WHO spricht von einer „globalen Adipositasepidemie“. Im Rahmen der KiGGS-Studie wurden im Untersuchungszeitraum insgesamt ca. 15 Prozent (1,9 Mio.) der Kinder und Jugendlichen als übergewichtig und ca. 6 Prozent (800 000) hiervon als adipös

eingestuft. Die Zunahme von Adipositas und schwerwiegenden Folgekrankheiten wie Diabetes mellitus Typ 2 haben weit reichende soziale und ökonomische Konsequenzen für das Gesundheitssystem und die Entwicklungsperspektiven von Kindern. In Deutschland werden für die Behandlung ernährungsmitbedingter Krankheiten bis zu 100 Mrd. Euro angesetzt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- zusammen mit den Bundesländern ein gezieltes Aktionsprogramm für gesunde Kinderernährung unter Einbeziehung der EU-Programme für Schulobst, -milch und Armenspeisung zu entwickeln und dafür einen Finanzierungsplan vorzulegen;
- gute Standards für die Verpflegung von Kindergarten- und Schulkindern verbindlich einzuführen und zu kontrollieren.

Berlin, den 16. Juni 2009

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**